

## Gemeinde Dußlingen

<b>Niederschrift</b> über die Verhandlungen des <b>Gemeinderates</b>  -öffentlich-	Verhandelt am 23. Januar 2020 Dauer von 19.00 Uhr bis 20.53 Uhr Normalzahl: 1 Vorsitzender und 14 Gemeinderäte Anwesend: 1 Vorsitzender und 14 Gemeinderäte Entschuldigt: -,- Außerdem anwesend: Hauptamtsleiterin Manz, Kämmerin Rotenhagen, Gemeindeoberamtsrat Rall Schriftführer: stv. Hauptamtsleiter Deibert
--	---

1. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit der Feststellung, dass zur Gemeinderatssitzung rechtzeitig schriftlich unter Übersendung der Tagesordnung eingeladen wurde. Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung sind rechtzeitig durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Gemeinde bekanntgegeben worden.

Bei Beginn der Sitzung sind von 14 Gemeinderäten 14 anwesend;  
der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

### 2. Tagesordnung:

1. Mitteilungen der Verwaltung
2. Bekanntgabe von Protokollen
3. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2020 sowie der Wirtschaftspläne für die Eigenbetriebe Abwasserentsorgung und Wasserversorgung
6. Erschließung Gewerbegebiet „Untere Breite“  
Kostenfeststellung für die Tief- und Straßenbauarbeiten mit Ver- und Entsorgungsleitungen
7. Bauvorhaben im Kenntnissgabeverfahren zum Teilabriss und Wiederaufbau des vorhandenen Dachstuhls und Teile der obersten Geschossdecke im Wohnhaus Hallstattstraße 6, Flst. 9017
8. Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (§ 2b UStG)
9. Zustimmung zur Annahme von Spenden
10. Verschiedenes
11. Anregungen und Anfragen der Gemeinderäte

## **1. Mitteilungen der Verwaltung**

### **a) Zuschuss Hort**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass am 20.10.2020 ein Zuschussbescheid für den Hort in Höhe von 24.746,00 € vom Regierungspräsidium Tübingen eingegangen ist.

Das Gremium nimmt

Kenntnis.

### **b) Spatenstich „Hofstatt“**

Der Vorsitzende informiert, dass am Dienstag, 04.02.2020 um 13 Uhr der Spatenstich für die Erschließungsarbeiten im künftigen Neubaugebiet „Hofstatt“ stattfindet.

Das Gremium nimmt

Kenntnis.

### **c) Sperrung des Tunnels „An der B 27“**

Der Vorsitzende informiert, dass der Tunnel wegen Arbeiten an der technischen Ausstattung des Tunnels „B 27“ in den Nächten von Donnerstag und Freitag gesperrt wird. Für diese Nächte sind folgende Arbeiten im Tunnel vorgesehen:

- Optimierung der Brandmelde- und der Videoanlage
- Anpassung der Lautsprecheranlage
- Teilerneuerung der zentralen Leittechnik und der Außenstelle der integrierten Leitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst sowie des Führungs- und Lagezentrums des Polizeipräsidiums Reutlingen wegen ständiger Überwachung des Tunnels.

Die Kosten für die Arbeiten liegen bei rund 300.000,00 € und werden vom Bund getragen.

Das Gremium nimmt

Kenntnis.

### **d) Schnittgutsammelaktion**

Der Vorsitzende erinnert an die Schnittgutsammelaktion, die vom 31.01.2020 bis zum 28.02.2020 für die Streuobstwiesenbesitzer im Gewann Kirchholz stattfinden wird. Diese werden dazu aufgefordert, ihre Baumschnittabfälle entlang der gekennzeichneten Feldwege zu deponieren. Für das Einsammeln sowie das Schreddern zur energetischen Verwertung des Schnittguts sorgt die Gemeinde. Ziel dieser Aktion ist es, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dies erspart nicht nur lästige Wartezeiten, sondern auch die Anfahrt zum ZAV-Gelände. Außerdem soll ein Anreiz geschaffen werden, die Bäume nach der Winterpause wieder besser zu pflegen. Er bittet darum, keine anderen Materialien als Baumschnittgut aus dem Projektgebiet dort abzulegen.

Das Gremium nimmt

Kenntnis.

### **e) Mikrofonanlage im Sitzungssaal**

Der Vorsitzende beantwortet eine Anfrage aus der Gemeinderatssitzung vom 10.10.2019. In dieser erkundigte sich GR Wütherich, ob es möglich wäre, eine Parlamentsmikrofonanlage im Sitzungssaal zu installieren.

Dies wurde bereits im Jahr 2015 geprüft. Die günstigsten Angebote damals lagen für eine verkabelte Mikrofonanlage bei 6.300 € und für eine Funkanlage bei 10.000 €.

Das Gremium nimmt

Kenntnis.

## **2. Bekanntgabe von Protokollen**

Es werden die öffentlichen Protokolle vom 14.02.2019, 21.03.2019, 11.04.2019, das Protokoll der Amtseinssetzung vom 18.07.2019 und das nichtöffentliche Protokoll vom 14.02.2019 in Umlauf ergeben.

Es erheben sich keine Einwendungen.

TOP 3 – Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

e n t f ä l l t.

## **4. Einwohnerfragestunde**

### **a) Spatenstich „Hofstatt“**

Manfred Tobis, Farrenbergweg 11, nimmt Bezug auf den Spatenstich im Neubaugebiet „Hofstatt“. Er bittet den Vorsitzenden den Spatenstich nicht direkt vor seinem Haus stattfinden zu lassen.

Der Vorsitzende wird dieser Bitte nachkommen.

## **5. Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2020 sowie der Wirtschaftspläne für die Eigenbetriebe Abwasserentsorgung und Wasserversorgung**

Der Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und gibt den Fraktionsvorsitzenden die Gelegenheit ihre Haushaltsreden vorzutragen.

Der Fraktionssprecher der DWV, GR Müller, trägt die gemeinsame Stellungnahme und Haushaltsrede der Fraktionen DWV, FWV und CDU vor:

*„Zum Nachdenken!*

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hölsch, sehr geehrte Frau Rotenhagen, sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!*

*Dieser Haushalt, so Ihre Einführung bei der Einbringung, Herr Bürgermeister Hölsch, ist ein besonderer. Der erste Haushalt, der nicht ausgeglichen werden kann. Er könnte ein besonderer bleiben.*

*In vielen Schritten hat sich der Gemeinderat nun auf diesen Haushalt eingestimmt: Nachtragshaushalt, Finanzzwischenbericht, Klausurtagung, Beratungen und immer wieder stand die Thematik im Raum: Der Haushalt kann nicht ausgeglichen werden. Der Ergebnishaushalt schließt vor Beschlussfassung im Planansatz nunmehr mit 227.210 EUR im Minus ab.*

*Damit ist Dußlingen offensichtlich nicht allein, größere Kommunen im Kreis haben ähnliche Probleme. Naheliegender, dass zum einen die Einnahmen- aber auch die Ausgabenstruktur in den Blick zu nehmen und anzupassen ist. Häufig wird das Thema „Finanzierung der*

Abschreibungen“ als Grund für den negativen, nicht ausgleichbaren Haushalt herangezogen. Grundsätzlich ist zu befürworten, dass der Ressourcenverbrauch aus den eigenen Mitteln finanziert und nicht der künftigen Generation aufgebürdet wird. Die Abschreibungen sind u.E. auch nicht das wirkliche Problem für das finanzielle Minusergebnis.

Bei genauer Betrachtung zeigt sich, dass es sogar einen positiven Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushaltes gibt (lt. Planansatz rund 510.000 EUR) – also ohne Abschreibungen und aufgelöste Zuschüsse. Auch bleibt der Gesamtfinanzhaushalt am Ende lt. Planansatz mit 417.000 EUR positiv.

Wir machen als Hauptthema steigende Personalkosten aus. Die Kostensteigerung beträgt für den Zeitraum 2018 – 2020 ca. 840.000 EUR. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen in diesem Zeitraum um weitere ca. 316.000 EUR. Insgesamt erhöhten sich die laufenden Kosten um ca. 1.156.000 EUR innerhalb von drei Jahren. Der Hauptteil der Personalkosten mit rund 680.000 EUR liegt im Teilhaushalt 4 Kindertageseinrichtungen. Leistungen, das haben wir schon oft diskutiert, die wir aufgrund bestehender Rechtsansprüche bereitstellen müssen. Leistungen, die wir – auch das sei klar gesagt - anbieten wollen. Leistungen aber, die vom Gesetzgeber, sei es Bund oder Land, nicht durchfinanziert sind. Teilweise fließen über Mittelzuweisungen entsprechende Gelder in den Haushalt, doch zu einer Kostendeckung kommt es nicht. Auch Investitionstätigkeiten, siehe Kindergartenförderung Steinlachburg, werden mit deutlich weniger Zuschüssen bedacht, als beantragt.

Der Ansatz der Gemeinde, die Einnahmen – sprich Steuern zu erhöhen – ist nachvollziehbar. Aber auch schon der geänderte Ansatz lt. Vorschlag der Gemeinde gleicht den Ergebnishaushalt nur knapp aus (ca. 12.000 EUR). Hier bestätigt sich das generell bestehende Grundproblem.

Wir wollen einen anderen Weg gehen. Wir – DWV, FWV und CDU - möchten diesen Haushalt als politisches Signal verstanden wissen, dass das bisherige Vorgehen von Bund und Land auf kurz oder lang zu einem Finanzierungsproblem der Kommunen führen wird, wenn nicht schon bereits eines ist. Insbesondere zeichnen sich jetzt bereits neue Lücken ab, wenn künftig noch weitere Rechtsansprüche, z.B. auf Ganztagesgrundschule und möglicherweise weitere, eingeräumt werden.“

Für das Bündnis 90/Die Grünen wird die Haushaltsrede von der Fraktionssprecherin GRin Ghanayim vorgestellt.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hölsch, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Vertreter der Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

unserer Gemeinde Dußlingen gelingt es im Haushaltsjahr 2020 nach bisherigem Stand nicht unseren Haushalt ohne weitere Maßnahmen auszugleichen. Ein negatives Ergebnis von ca. 230.000 Euro würde erwirtschaftet werden. Die Gewerbesteuer-Einnahmen sind in den letzten Jahren stetig gesunken, wohingegen die Einnahmen durch die Grundsteuer stetig gestiegen sind. Seit vielen Jahren erfolgte hier keine Anpassungen der Hebesätze. Dem steigenden Bedarf an Kindergartenplätzen ist in den letzten Jahren nachhaltig Rechnung getragen worden. Das ist sehr positiv, jedoch müssen wir nun auch nachhaltig nach Möglichkeiten suchen, diese Mehrkosten beim Personal dauerhaft finanzieren zu können. Im Bereich der Schulkindbetreuung erfolgt in diesem Jahr eine Anpassung der Gebühren.

Wir halten daher die Anhebung der Hebesätze im Bereich der Grund- und Gewerbesteuer auf das durchschnittliche Niveau des Landkreises, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, für sinnvoll und notwendig, weil dadurch langfristig Mehreinnahmen erzielt werden können.

Auch in diesem Jahr müssen keine Kredite aufgenommen werden. Dennoch müssen wir bei sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben eine Priorisierung zukünftiger Maßnahmen vornehmen und Einsparpotentiale bei den Ausgaben identifizieren. Wichtig ist, dass wir uns in eine Lage versetzen, die es ermöglicht, kontinuierlich erforderliche Investitionen in unsere Infrastruktur zu leisten.

Unsere Grundschule verzeichnet in den letzten Jahren steigende Schülerzahlen, was erfreulich ist. Themen wie Ganztagsbetreuung, Inklusion und Integration nehmen künftig an Bedeutung zu. Um sicherzustellen, dass sich hierdurch keine Raumprobleme ergeben, sollten wir zeitnah überprüfen, ob unsere Räumlichkeiten den künftigen Anforderungen gerecht werden können. Die Entwicklung eines zukunftssicheren Raumkonzeptes für unsere Grundschule halten wir für erforderlich. Die anstehende Umfrage durch Schulleiter Herrn Maier wird uns zeigen, wie groß der Bedarf hinsichtlich einer „Ganztagsgrundschule“ ist und ob wir diesem Betreuungsbedarf aktuell gewachsen sind. Inwiefern digitales Lernen bereits an der Grundschule erforderlich ist, sollte evaluiert werden, um ggf. die hierfür erforderliche Infrastruktur zügig weiterzuentwickeln und auszubauen. Erfreulich ist der vorgestellte Plan, ein neues „Affenhaus“ auf dem Schulhof zu errichten. Dies wird sicherlich nicht nur von den Schülern\*innen, sondern auch von der gesamten Bevölkerung gut angenommen werden.

Aus unserer Sicht wird das Thema Verkehr immer noch zu sehr aus der Perspektive des motorisierten Individualverkehrs bestimmt. Fußgänger\*innen und Fahrradfahrer\*innen sollten zukünftig mehr Berücksichtigung finden, damit diese Form der Fortbewegung sicherer und attraktiver wird. Unseren historischen Ortskern mit der dichten Bebauung und eingeschränkten Parkplatzsituation können wir nicht vergrößern. Es ist daher wichtig, die Dußlinger\*innen zu motivieren, zu Fuß zu gehen oder Fahrrad zu fahren. Die Autofahrer müssen daran erinnert werden, eigene Stellplätze und Garagen wieder vermehrt zu nutzen. Öffentliche Straßen und Plätze sind hierfür nicht vorgesehen bzw. bieten zu Zeiten von schwierigen Haushaltsjahren ein Potential flächendeckend Gebühren zu erheben. Die Schaffung attraktiver Fahrradabstellplätze in unserer Gemeinde sollte ins Auge gefasst werden. Ein ausgewogenes Verkehrskonzept würde die Aufenthaltsqualität auf öffentlichen Plätzen wesentlich verbessern und mehr Raum für Begegnung schaffen. Die in Teilen der Gemeinde bestehende Parkraumbewirtschaftung sollte evaluiert werden, um daraus evtl. weitere sinnvolle und erforderliche Vorgehensweisen ableiten zu können. Auf Anregung der Grünen Fraktion wird das erste „E-Dienstfahrrad“ dem Bauhof zur Verfügung gestellt werden. Eventuell kann diese Mobilitätsform erweitert werden.

Nicht aus dem Auge verlieren dürfen wir den öffentlichen Nahverkehr. Die ersten aktuellen Planungen und Ideen der Regionalstadtbahn wurden uns vorgestellt und stellen für die Zukunft eine bereichernde Form der Mobilität dar. Realistisch gesehen wird das Projekt „Regionalstadtbahn“ jedoch frühestens in zehn bis 15 Jahren umgesetzt sein. So lange können wir nicht warten, um ein attraktiveres Angebot im öffentlichen Nahverkehr zu erhalten. Bereits 2015 wurden aufgrund eines Antrags von Bündnis 90/Die Grünen Haushaltsmittel eingestellt, um Dußlingen auf die Naldo-Wabengrenze zu verlegen.

Bei den anstehenden Beratungen hierzu sollte diese Möglichkeit als zeitnaher Lösungsversuch zur Reduktion des Individualverkehrs erörtert werden.

Umwelt und Klimaschutz beginnen vor Ort. Der Verwaltung kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu. Um Natur und Klima zu schützen, muss ein schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen erfolgen. Um dem Spannungsfeld zwischen erforderlichem Wohnraum und Flächenverbrauch gerecht zu werden, sollten daher Konzepte entwickelt werden, wie der vorhandene Leerstand behoben werden kann. Für ökologische Bauweisen wie Passivhäuser sollten Anreize durch die Gemeinde geschaffen werden, auch wenn das Geld kostet. Aber dies wären Investitionen in den Erhalt unserer Lebensgrundlage. Da die Aufstellung des Bebauungsplans „Innerer Weilersbach“ 2019 zu einem sehr hohen Flächenverbrauch pro Kopf führt und auf Basis des beschleunigten Verfahrens (§ 13b BauGB) erfolgte und dieses Verfahren auf Umweltprüfungen, Umweltbericht und Ausgleichsmaßnahmen verzichtet, haben wir diesem Vorgehen nicht zugestimmt.

Wir stehen für eine frühzeitige Information und Einbeziehung unserer Bürger\*innen bei Entscheidungen. Die Vielfalt der Ideen stellt eine Bereicherung für Entscheidungs- und Planungsprozesse dar und sorgt für eine größere Akzeptanz, auch wenn dies zeitliche Verzögerungen mit sich brachte. Die Weiterentwicklung der Möglichkeiten im Bereich „Bürgerbeteiligung“ halten wir für wichtig. Positiv war die hohe Bürgerbeteiligung beim „Bebauungsplan Ortsmitte“ hierdurch konnte eine Vielzahl an Anregungen und Ideen aufgenommen werden.

Im Sinne des Klimaschutzes muss der Ausbau erneuerbarer Energien zügig vorangetrieben werden. Einfache Maßnahmen, wie die Verpflichtung von Photovoltaikanlagen auf Neubauten oder die Installation von Photovoltaikanlagen auf kommunalen Dachflächen führen zu keiner zusätzlichen Belastung des Haushalts.

*Auch die Umsetzung von Windenergieanlagen auf dem Gemeindegebiet sollte aufgrund der technologischen Fortschritte nochmals geprüft werden. Dies kann den Haushalt durch Pachteinnahmen sowie Gewerbesteuererinnahmen entlasten.*

*In den letzten Jahren wurde vorwiegend Wohnraum für Einfamilienhäuser oder Eigentumswohnungen geschaffen. Wir halten es für dringend erforderlich, alle Bereiche des Wohnungsmarktes zu decken. Die Besichtigung anderer Wohnraumkonzepte kann sicherlich den Blick für andere bauliche Konzepte öffnen. Das nur beschränkt zur Verfügung stehende Bauland künftig vorwiegend für Einfamilien- oder Doppelhäuser vorzusehen, halten wir für verantwortungslos.*

*Abschließend möchten wir allen Bürgern\*innen, die sich in irgendeiner Art und Weise in unserer Gemeinde einbringen, danken. Jedes bürgerliche Engagement stellt eine Bereicherung unserer Arbeit dar.*

*Wir sind froh, dass es in unserer Gemeinde noch keine spürbare gespaltene Bürgerschaft gibt. Lassen Sie uns alle weiter daran arbeiten, dass Dußlingen für alle Bürger\*innen eine „Wohlfühlgemeinde“ bleibt*

*Wir danken Herrn Bürgermeister Hölsch, der Verwaltung und den Gemeinderatskollegen\*innen für den wertschätzenden Umgang mit uns und die konstruktiven Gespräche und Lösungen zum Wohle unserer Gemeinde und aller Bürger\*innen.*

*Gemeinderatsfraktion Bündnis90/Die Grünen Susan Ghanayim, Gerrit Mathis, Julian Klett“*

GRin Hafner stellt die Stellungnahme der SPD zum Haushalt vor.

*„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hölsch,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,*

*das Jahr 2019 liegt hinter uns und wir blicken gespannt auf das Jahr 2020. Ganz sicher ist, dass wir auch im neuen Jahr im Gemeinderat viel zu tun haben werden, um unsere Gemeinde Dußlingen weiter zu entwickeln und voran zu bringen. Das Jahr 2019 stand ganz im Zeichen von Wahlen – der Bürgermeisterwahl und den Kommunalwahlen. Bürgermeister Hölsch steht auch weiterhin an der Spitze unserer Gemeinde. Die Gemeinderatswahl brachte etliche Veränderungen. Inzwischen kann ich sagen: Das neue Gremium ist gut zusammengewachsen, es wird kontrovers, aber fair miteinander diskutiert. Entscheidend aber ist, Dußlingen weiter zur Wohlfühlgemeinde werden zu lassen und dabei die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen. Das ist mir wichtig und dafür werde ich mich auch als Einzelkämpferin im Gemeinderat weiter einsetzen.*

*Im Jahr 2019 wurden sehr viele Bauobjekte fertiggestellt. Die Kulturhalle, der Kindergarten Steinlachburg und Geigesried konnten ihrer Bestimmung übergeben werden. Der Kindergarten Burgstraße wird Mitte des Jahres fertiggestellt sein. Die Bauplätze im Gewerbegebiet Untere Breite sind verkauft, die Bebauung hat begonnen. Bei einigen Vorhaben kann der Zeitplan nicht eingehalten werden. Dazu gehört Baubeginn der Freien Evangelischen Schule (FES) und der Bebauungsplan rund ums Alte Rathaus und den Hindenburgplatz. Es gab massive Einsprüche und Proteste von Anwohnern, Bürgerinnen und Bürger. So wie es jetzt aussieht, wird es leider keine Pflege-WG, ein zweites Pflegeheim mit dringend benötigten Kurzzeitplätzen oder baugenossenschaftliches Wohnen für Ältere in der Ortsmitte geben. Man wollte hier keine stärkere Verdichtung und dies ist der Preis.*

*Lobend erwähnen möchte ich die gelungene Sanierung des Gebäudes am Hindenburgplatz 13. Das Privathaus ist ein Schmuckstück und Vorzeigeobjekt geworden und es freut mich sehr, dass die Besitzerin einen Teil des Gebäudes für öffentliche Nutzung zugänglich macht. Im Baugebiet Hofstatt kann endlich gebaut werden, am Weilersbach wird ein zusätzliches neues Baugebiet ausgewiesen denn der Bedarf für Wohnraum ist auch in Dußlingen groß. Es fehlt bis jetzt der soziale Wohnungsbau, damit auch Familien und Menschen mit kleinem Geldbeutel eine bezahlbare Wohnung finden können. Das ist mir sehr wichtig und soll im Jahr 2020 angegangen werden.*

*Mindestens genau so dringend braucht Dußlingen ein weiteres Gemeindepflegehaus bzw. alternative Wohnmöglichkeiten für unsere älteren Einwohner. Das hatte ich eingangs schon erwähnt. Leider gibt es dafür bis dato keine geeigneten Grundstücke.*

*Als Gemeinderätin der SPD hätte ich es mir anders gewünscht, aber auch in Dußlingen wurden erneut die Gebühren für Kindergarten und Schulen erhöht. Wir haben keine einkommensabhängige Stafflung und auch die Zuschüsse aus dem Gute-Kita-Gesetz werden in Dußlingen nicht für Gebührenermäßigungen, sondern ausschließlich für Qualitätssicherung eingesetzt. Die grün-schwarze Landesregierung hat dies so festgelegt.*

*Durch die hohen Personalkosten und Abschreibungen konnte der Haushalt 2019 nicht ausgeglichen werden und endet bisher mit einem Minus von ca. 230.000 Euro. Die von der Verwaltung vorgelegte Bilanz und somit das Vermögen der Gemeinde fällt indes sehr positiv aus. Leider kann das Minus im Ergebnishaushalt aus rechtlichen Gründen nicht mit dem Vermögen verrechnet werden.*

*Um diesem Defizit zu begegnen, schlägt die Verwaltung jetzt Steuererhöhungen vor. Die Grundsteuer wurde zuletzt 1998 und die Gewerbesteuer letztmalig 2005 erhöht. Dußlingen liegt bei den Hebesätzen weit unter dem Durchschnitt im Landkreis. Steuererhöhungen sind immer unpopulär, aber aus diesen Gründen kann ich mich dem Vorschlag der Verwaltung anschließen. Denn diese Steuern sind Direktsteuern und kommen unmittelbar in der Gemeinde an. So schmerzlich das für die Einwohner sein mag, jeder Einzelne trägt auch Verantwortung fürs Gemeinwohl und schließlich wird das Geld ja in Dußlingen wieder in Maßnahmen investiert, die den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen.*

*Auch wenn es noch ein paar Jahre dauert, die Regionalstadtbahn wird für Dußlingen entscheidende Verbesserungen bringen und ist ein wichtiger Beitrag zur Mobilitätswende. Auch die Aktivitäten des Klimaschutzpaketes müssen weiter voran getrieben werden. Die Angebote der Agentur für Klimaschutz und die KfW-Zuschüsse für kostenlose Gebäude-, Heizungs- und Solarchecks sind eine Chance, sich kostenlos zu informieren. Allerdings sind die Nachfragen aus der Bevölkerung bisher eher verhalten.*

*Ein weiteres großes Thema ist der Ausbau des Mobilfunk- und Datennetzes. G5 ja oder nein? Während Wirtschaft und Industrie leistungsstarke und schnelle Netze verlangen, habe viele Bürger wegen möglicher gesundheitlicher Auswirkungen große Vorbehalte gegenüber G5. Das hat auch die Diskussion in Dußlingen gezeigt.*

*Fazit: Die Aufgaben und Herausforderungen in der Gemeinde sind vielseitig und werden uns auch im Jahr 2020 nicht ausgehen. Dabei ist mir wichtig, dass bei großen Projekten die Bürger mit einbezogen und gehört werden. Eines sei aber auch gesagt: Vorhaben mögen noch so kontrovers diskutiert werden, die Entscheidung liegt beim Gemeinderat. Er trägt die Verantwortung, seine Mitglieder wurden von der Bürgerschaft genau dafür gewählt. Gerade bei strittigen Punkten sollten wir uns dies immer wieder klar machen.*

*Ihre*

*SPD Gemeinderätin*

*Gerlinde Hafner“*

Frau Rotenhagen geht anhand der GR-Drucksache Nr. 5/2020 auf die wichtigsten Änderungen in der Haushaltsplanung zum Stand 08.01.2020 ein. Insbesondere geht sie darauf ein, dass mit Änderung der Hebesätze für die Grundsteuer B auf 360 % sowie der Gewerbesteuer auf 360 % ein positives Ergebnis in Höhe von 11.790 € erreicht werden könnte.

Der Vorsitzende ergänzt, dass er das politische Signal der DWV, FWV und der CDU nachvollziehen kann. Doch bezweifle er, dass dieses Signal auch in Berlin ankommt. Dußlingen ist nur eine kleine Gemeinde von 1001 Gemeinden in Baden-Württemberg. Zusammen mit dem Gemeindetag geht er schon seit Einführung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung auf das Land zu und versucht diesbezüglich etwas zu erreichen. Er bittet die Gemeinderäte, die Abgeordneten persönlich anzusprechen und um Unterstützung zu bitten. Dass Dußlingen keinen ausgeglichenen Haushalt hat, wird in Stuttgart und Berlin ansonsten niemand mitbekommen. Die Dußlinger Steuerkraft liegt lediglich bei 75 % des Landesdurchschnitts und im Landkreis Tübingen ist diese mit am niedrigsten. Seit 1998 wurde der Grundsteuer- und seit 2006 der Gewerbesteuerhebesatz nicht mehr geändert. Jedoch haben sich auf der anderen Seite die Sach- und Lohnkosten in allen Bereichen stetig erhöht. Auch ergänzt er, dass es in Dußlingen nur geringe Vergnügungssteuereinnahmen gibt.

Es ist auch in seinem Interesse, keine Spielhallen auf der Gemarkung zu haben. Jedoch müsse der Gemeinderat sich bewusst werden, dass die umliegenden Gemeinden allein 250.000 € bis 300.000 € an Vergnügungssteuer jährlich einnehmen. Die Vergnügungssteuer steht zu 100 % der Gemeinde zu und fließt nicht in den Finanzausgleich.

Dann kündigt der Vorsitzende an, dass, sollte ein nicht ausgeglichener Haushalt beschlossen werden, er unverzüglich eine Haushaltssperre in Kraft setzt und er sich vorbehält, gemäß § 43 Abs. 2 GemO gegen diesen Beschluss Widerspruch einzureichen, da dieser Beschluss seiner Meinung nach rechtswidrig ist. Ein unausgeglichener Haushalt darf nur verabschiedet werden, wenn die Gemeinde keine Möglichkeit hat, ihre Einnahmen zu verbessern. Da die Steuerkraft in Dußlingen weit unter dem Landesdurchschnitt liegt wäre diese Steuererhöhung für die Bürger und Gewerbetreibenden zumutbar. Sollte die Kommunalaufsicht seiner Ansicht entsprechend entscheiden, dass der Beschluss rechtswidrig ist, müsste der Gemeinderat den Haushalt am 13.02.2020 diesen erneut diskutieren und beschließen.

Der Gemeinderat fasst, bei 5 Gegenstimmen (der Vorsitzende, GRin Ghanayim, GRe Klett, Mathis, GRin Hafner) und 10 Fürstimmen (GRe B. Zürn, K. Zürn, Reutter, GRin Georgi, GRe Müller, Wütherich, Kocher, Hagen, GRin Wellhäuser, GR Seif) den

### **B e s c h l u s s :**

**Der Hebesatz für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer werden im Haushaltsjahr 2020 nicht erhöht.**

Daraufhin unterbricht der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt, damit Frau Rotenhagen die Gelegenheit hat, die Haushaltssatzung für die Beschlussfassung zu aktualisieren.

Es werden daraufhin die Tagesordnungspunkte 6, 7 und 9 vorgezogen.

Frau Rotenhagen stellt folgende Neuberechnete Planzahlen vor:

1.	im Ergebnishaushalt mit folgenden Beträgen	EUR
1.1	Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	12.877.370 €
1.2	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	-13.104.580 €
1.3	<b>Veranschlagtes ordentliches Ergebnis</b> (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-227.210 €
1.4	Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 €
1.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	0 €
1.6	<b>Veranschlagtes Sonderergebnis</b> (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	0 €
1.7	<b>Veranschlagtes Gesamtergebnis</b> (Summe aus 1.3 und 1.6) von	-227.210 €

2.	im Finanzhaushalt mit folgenden Beträgen	EUR
2.1	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	12.557.400 €
2.2	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	-12.055.280 €
2.3	<b>Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts</b> (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	502.120 €
2.4	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	6.482.500 €
2.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-6.575.670 €
2.6	<b>Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit</b> (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-93.170 €
2.7	<b>Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf</b> (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	408.950 €



2.8	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0 €
2.9	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0 €
2.10	<b>Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von</b>	<b>0 €</b>
2.11	<b>Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von</b>	<b>408.950 €</b>

Der Gemeinderat fasst einstimmigen

**B e s c h l u s s :**

1. Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2020 gemäß der in der Sitzung vorgelegten Anlage.
2. Die Aufwendungen folgender Sachkonten werden gemäß § 20 Abs. 2 GemHVO-Doppik für gegenseitig deckungsfähig erklärt:
  - 4210000 Unterhaltungsmaßnahmen des unbeweglichen Vermögens
  - 4220000 Unterhaltung des beweglichen Vermögens
  - 4230000 Mieten und Pachten
  - 4240000 Bewirtschaftung der Grundstücke u. baulichen Anlagen
  - 4250000 Haltung von Fahrzeugen
  - 4260000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte
  - 4270000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen
  - 4290000 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
  - 4430000 Geschäftsaufwendungen
  - 4440000 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Sonderabgaben
  - 4450000 Erst.f.d.Aufw.v.Dritten a.lfd. Verwaltungstätigkeit
3. Die im Haushaltsplanentwurf (Drucksache Nr. 104/2019) aufgeführten Budgets, welche sowohl in dezentraler, als auch in zentraler Verantwortung liegen, werden ebenfalls gemäß § 20 Abs. 2 GemHVO-Doppik für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Die Ertragskonten der BÜCHEREI/MEDIOTHEK werden für unecht deckungsfähig erklärt.
4. Der Gemeinderat beschließt das Investitionsprogramm für die Jahre 2019-2023.
5. Der Gemeinderat beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung Dußlingen für das Wirtschaftsjahr 2020 entsprechend der Anlage Nr. 16 (Drucksache Nr. 104/2019).
6. Der Gemeinderat beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung Dußlingen für das Wirtschaftsjahr 2020 entsprechend der Anlage Nr. 17 (Drucksache Nr. 104/2019).
7. Die Verwaltung wird ermächtigt und beauftragt die in den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe ausgewiesenen Darlehen bei Bedarf nach Einholung von mindestens drei Vergleichsangeboten aufzunehmen; der Gemeinderat ist über die Darlehensaufnahme zu informieren.
6. Erschließung Gewerbegebiet „Untere Breite“  
Kostenfeststellung für die Tief- und Straßenbauarbeiten mit Ver- und Entsorgungsleitungen

Der Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Rall, der den Sachverhalt anhand der GR-Drucksache Nr. 1/2020 darlegt.

**Der Gemeinderat nimmt den Abschluss der Erschließungsarbeiten für das Neubaugebiet „Untere Breite“ ohne Aussprache zur Kenntnis und stellt die Gesamtkosten der Maßnahme mit 1.230.837,21 € fest.**

**7. Bauvorhaben im Kenntnisgabeverfahren zum Teilabriss und Wiederaufbau des vorhandenen Dachstuhls und Teile der obersten Geschossdecke im Wohnhaus, Hallstattstraße 6, Flst. 9017**

Der Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Frau Manz. Diese stellt den Sachverhalt anhand der GR-Drucksache Nr. 6/2020 dar und betont, dass der Dachstuhl in gleicher Form nur in anderer Bauweise wieder errichtet werden soll.

**Der Gemeinderat nimmt ohne Aussprache vom Bauvorhaben im Kenntnisgabeverfahren zum Teilabriss und Wiederaufbau des vorhandenen Dachstuhls und Teile der obersten Geschossdecke in der Hallstattstraße 6 Kenntnis.**

**8. Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (§ 2b UStG)**

Der Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Frau Rotenhagen. Diese stellt den Sachverhalt anhand der GR-Drucksache Nr. 7/2020 und einer Präsentation dar.

Nach aktuellem Stand wird die Gemeinde Dußlingen die Neuregelung der Umsatzbesteuerung zum 01.01.2021 umsetzen. Damit soll ab März 2021 die erste Umsatzsteuervoranmeldung nach dem neuen Recht abgegeben werden. Mit der Neuregelung der Umsatzbesteuerung werden die umsatzsteuerpflichtigen Betätigungsbereiche in der Kommune künftig ausgeweitet, d. h. die Kommunen werden weitgehend wie privatwirtschaftliche Unternehmen behandelt. Es ist damit zu rechnen, dass zur Betreuung und Prüfung von Tatbeständen ein deutlich höherer Zeitaufwand auf die Verwaltung zukommen wird. Zudem führt die Neuregelung ab 2021 dazu, dass die Kommunen voraussichtlich für eine ungleich größere Zahl an Leistungstatbeständen, die im Sinne des Allgemeinwohls erbracht werden, Umsatzsteuer zu errichten haben, als Vorsteuer zurückfordern zu können. Es verursacht einen höheren Finanzierungsbedarf im Haushalt. So müssen die Kommunen ihre Bürger voraussichtlich stärker belasten, um die höhere Last der Umsatzbesteuerung erbringen zu können.

Der Vorsitzende erklärt auch, dass die Gemeinde jeden einzelnen Abgeordneten persönlich angeschrieben hat, um die Übergangsfrist zur Umsetzung des neuen Rechts um ein weiteres Jahr zu verlängern. So können derzeit noch klärungsbedürftige Sachverhalte mit der Finanzverwaltung abgestimmt werden.

Der Gemeinderat spricht dem Vorsitzenden vollste Unterstützung zu.

Das Gremium nimmt

Kenntnis.

**9. Zustimmung zur Annahme von Spenden**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass bei der Gemeindegasse folgende Spenden eingegangen sind:

Die Firma K&L Bau GmbH Dußlingen hat 1.500,00 € für die Förderung des Feuer- und Katastrophenschutzes gespendet.

Die Kreissparkasse Tübingen hat 5.000,00 € für die Förderung der Jugendarbeit (Erstellung eines Affenhauses) gespendet.

Eine Dußlinger Bürgerin hat 3 Kartons Spielsachen im Wert von 300,00 € für die Förderung des Kindergartens Geigesried gespendet.

Der Gemeinderat fasst einstimmigen

### **B e s c h l u s s:**

**Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Spenden und deren entsprechender Verwendung zu.**

TOP 10 – Verschiedenes

e n t f ä l l t.

#### **11. Anregungen und Anfragen der Gemeinderäte**

##### **a) Garage neben dem Betriebsgebäude des Tunnels**

GR Bernd Zürn stellt fest, dass neben dem Betriebsgebäude des Tunnels eine Garage aufgebaut wurde. Hierzu lag dem Gemeinderat kein Baugesuch vor. Er erkundigt sich, was hier errichtet worden ist.

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Garage aufgrund einer Fehlkonstruktion durch den Bund nötig wurde. Am Betriebsgebäude des Tunnels gibt es eine Pumpe. Der Schacht, in dem diese Pumpe verbaut worden ist, ist jedoch zu klein gebaut worden. Aus diesem Grund muss zusätzlich ein Kran neben der Pumpe aufgebaut werden und dieser wurde mit einer Garage überbaut. Da diese Garage relativ klein ist, benötigt sie nach BauGB keine Baugenehmigung.

##### **b) Beleuchtung im Gewerbegebiet „Untere Breite“**

GR Wütherich erkundigt sich, ob man die Beleuchtung in der „Unteren Breite“ nicht abstellen könne, da zum jetzigen Zeitpunkt, abgesehen von einer Baustelle, dort niemand die Straße nutzt.

Der Vorsitzende erklärt, dass gerade aus diesem Grund die Straße beleuchtet ist. Die Beleuchtung soll Diebe davon abhalten, Materialien und Baustoffe von der Baustelle zu stehlen. Auch werden hier energiesparende LED-Leuchten eingesetzt. Das Licht dient außerdem der Verkehrssicherheit.

Der Vorsitzende beendet die öffentliche Sitzung des Gemeinderats um 20.53 Uhr.